

EMPFEHLUNGEN FÜR DAS FUSIONSPROJEKT DER BÖDELIGEMEINDEN

# Zuletzt entscheidet das Gefühl



Reto Steiner von der Uni Bern wog im «Victoria-Jungfrau» in Interlaken Vor- und Nachteile einer Gemeindefusion ab.

Sibylle Hunziker

**Vor der IG Bördeli sprach Reto Steiner von der Uni Bern über seine Erhebungen zu Gemeindefusionen. Eine Fusion der Bördeligen hält er für sinnvoll und möglich, sofern die Bevölkerung sie nicht als «Zwangsheirat» sieht.**

«Rationale Argumente sind wichtig, wenn wir Vor- und Nachteile einer Gemeindefusion abwägen», meinte Reto Steiner vom Kompetenzzentrum für Public Management, der nach der Hauptversammlung der IG Bördeli am Mittwoch im Interlakner Grand Hotel Victoria-Jungfrau über seine Forschung in diesem Gebiet sprach. Wollte man aber die Bevölkerung für die Fusion gewinnen, seien die wichtigsten Argumente der Steuerfuss – und die Emotionen, die bei dieser Frage immer mitspielen.

**Gemeinde ist Herzessache.** «Unsere Befragungen zeigen, dass für die Schweizer Bevölke-

rung die politische Gemeinde, in der sie wohnen, die wichtigste Institution ist», sagte Steiner. Erst danach kämen die Schweiz oder der Kanton. «Die Gemeinde ist der gemeinsame Arbeits- und Lebensraum ihrer Einwohner. Deshalb zeichnet sie sich aus durch ein emotionales Band zwischen den Menschen, die das Leben in diesem Raum gemeinsam gestalten.»

Nicht zufällig bestehen deshalb in der direktdemokratischen Schweiz heute noch 2721 Gemeinden mit durchschnittlich 980 Einwohnern. Diese Struktur habe ihre guten Seiten – etwa die hohe politische Beteiligung einer Bevölkerung, die vor allem gut auf die Gemeindekasse achte. «So haben die Gemeinden weniger Schulden als Bund und Kantone.»

Allerdings habe ein Drittel der Gemeinden die Schulden nicht im Griff. Und Probleme gebe es auch dann, wenn die zunehmende Menge und Komplexität der Gemeindeaufgaben die Laienbehörden und die kleinen Verwaltungen überfordern, und

wenn zuletzt keine Leute mehr für die Ämter gefunden werden. Die grosse Mehrheit der Gemeinden reagiert darauf mit Zusammenarbeit. Allerdings: Durch Zusammenarbeit – oder auch durch die Regionalkonferenzen, über die der Kanton Bern abstimmt – werden die politischen Ämter nicht attraktiver, und «Trittbrett fahren» ist nach wie vor möglich. So führen heute 39 Prozent aller Gemeinden Fusionsgespräche.

## Zwangsheirat geht nicht

Wo es zu Fusionen gekommen sei, habe die Autonomie meist zugenommen, weil grössere Gemeinden mehr selber machen können und weniger auf Zusammenarbeit angewiesen sind. Hingegen verbessert sich die finanzielle Lage nicht immer, «denn die hängt von den jeweiligen Behörden ab.» Steiner weigerte sich denn auch standhaft, Beispiele zu nennen, die dem Bördeli als Vorbild dienen könnten. Er meinte aber, fast alle Argumente sprächen für eine Fusion. Möglich werde sie aber nur,

wenn das Gemeindepersonal und die Bevölkerung auch emotional überzeugt werden können. Dazu brauche es eine intensive Information, um Unsicherheit vorzubeugen und emotionale Fragen zu klären. «Eine Zwangsheirat funktioniert sicher nicht.» Die nötige Information können aber nur überzeugte Gemeinderäte leisten – die IG Bördeli könne sie dabei unterstützen. Das will die IG Bördeli mit der Fortsetzung ihrer Veranstaltungsreihe zu Vorteilen einer Fusion aus Sicht von Wirtschafts- und Bildungsfachleuten auch tun. Daneben hofft sie, dass die Arbeitsgruppe Fusion der Bördeligen sich nicht für die Option «nichts tun» entscheidet. «Sonst», meinte Präsident Hansjürg Wyler, «würden wir die Gemeindeinitiative ergreifen.» An der Hauptversammlung demissionierte Albert Lüthi, Mitinitiant und erster Sekretär der IG Bördeli. Neu in den Vorstand gewählt wurden Grossrat Walter Messerli (Interlaken) und Emanuel Berger (Unterseen). **SIBYLLE HUNZIKER**